



35 zum Abbau der Verschuldung der EU-Kommission und dem Europäischen Rat vorzulegen und von diesen ge-  
36 nehmigen zu lassen.

37 Sowohl die nationalen Regelungen zur Schuldenbremse, als auch die europäischen Regelungen sind abzuleh-  
38 nen, da

- 39 • auf fehlerhaften ökonomischen Annahmen basieren,
- 40 • mittelfristig eine weitgehende finanz- und steuerpolitische Selbstentmachtung der Parlamente und Re-  
41 gierungen darstellen und demokratische Prozesse zunehmend dysfunktional (erscheinen lassen) wer-  
42 den und daher demokratiegefährdend wirken, bzw. ein tiefes Misstrauen gegen demokratische Pro-  
43 zesse offenbaren,
- 44 • sich hieraus mittelfristig ein Angriff auf den Sozialstaat ergeben dürfte, der sich insbesondere dadurch  
45 verstärken dürfte, da
- 46 • die Einnahmeseite (insbesondere im europäischen Kontext) völlig unbeachtet bleibt und von interna-  
47 tionaler Seite (z.B. OECD) sogar regelmäßig noch der Ruf nach Steuersenkungen ertönt und
- 48 • Anreize zum Unterlassen wichtiger Zukunftsinvestitionen schaffen,
- 49 • Anreize zu immer weiterer Privatisierung und weiteren teuren ÖPP-Modellen schaffen,
- 50 • das zentrale Ziel der Zukunftsvorsorge einer Volkswirtschaft auf die Stabilisierung des Schuldenstandes  
51 der öffentlichen Hand reduziert und damit unterkomplexe Steuerungsziele verfolgt werden,
- 52 • insgesamt damit gerade das Gegenteil von Generationengerechtigkeit bewirken

53 Ferner führt die in den letzten Jahren durchgeführte Haushaltspolitik der schwarzen Null bzw. der Haushalts-  
54 konsolidierung zu

- 55 • einem gigantischen Investitionsstau,
- 56 • zu einer völligen Exportfixierung der deutschen Wirtschaft,
- 57 • zu einem historischen Außenhandelsungleichgewicht, welches den Wohlstand Deutschlands und Eu-  
58 ropas massiv bedroht.